

Schweiz

«Ich persönlich hänge am C»

CVP Die neue Fraktionspräsidentin Andrea Gmür-Schönenberger möchte das C im Parteinamen der CVP behalten, weil dieses ja nicht für «katholisch» stehe. Sie räumt aber ein, dass beim Marketing in eigener Sache Nachholbedarf bestehe.

Raphaela Birrer
und **Stefan Häne**

Lassen Sie sich schnell provozieren?
(lacht) Nicht wirklich.

Ihre steile politische Karriere ist mehr Glück als Können.
Nein, aber Glück gehört immer dazu.

Sie wurden 2015 sehr knapp in den Nationalrat gewählt und 2019 in stiller Wahl in den Ständerat, nun sind Sie Fraktionspräsidentin, weil Ihr Vorgänger Filippo Lombardi im Herbst als Ständerat abgewählt wurde.

Vor vier Jahren haben 137 Stimmen den Ausschlag gegeben, aber es war eine demokratische Wahl. Und niemand in Luzern hatte damit gerechnet, dass eine Frau aus der Stadt mit dem falschen Dialekt den Sprung in den Nationalrat schafft. Bei den Ständeratswahlen habe ich im ersten Wahlgang die anderen Kandidaten so stark distanziert, dass es zu einer stillen Wahl kam.

Bei der Wahl ins Fraktionspräsidium haben Sie Ihren Konkurrenten Leo Müller ausgestochen. In der CVP ist es mittlerweile schwierig, als Mann ein führendes Amt zu bekleiden ...

Es ist derzeit sicher kein Nachteil, eine Frau zu sein. Die CVP hat schon immer Frauen in Führungspositionen gefördert. Wir haben mit Viola Amherd erneut eine Bundesrätin und nun auch eine Fraktionspräsidentin.

Sie sind eine Vertreterin des liberaleren Flügels. Ist das ein Zeichen, dass die CVP ihren von Parteichef Pfister gewählten wertkonservativen Kurs justieren will?

Ich bezweifle, dass wir einen solchen Kurs haben. Wir haben in den letzten vier Jahren in der Fraktion zusammen mit dem Präsidenten Entscheide gefällt. Ich erinnere an die Energiestrategie 2050, bei der sich die Linke uns angeschlossen hat, oder an die AHV-Steuer-Vorlage.

Nun prüft Pfister die Streichung des C im Parteinamen. Sie hingegen wollen es beibehalten. Damit sind Sie vorgeprescht.

Ich sehe keine Notwendigkeit für eine Abschaffung. Ich befürworte, dass wir eine ergebnisoffene Markenanalyse machen. Braucht die Partei das C? Die Jungen beurteilen diese Frage teilweise anders als die ältere Generation. Meine Tochter etwa sagt, auch andere Parteien würden christliche Politik machen. Oder junge Berner sagen mir, sie würden CVP wählen, aber nicht, solange die Partei das C im Namen trage. Was mich am meisten stört: Gewisse Leute in der Partei energieren sich nur schon über die Fragestellung derart, dass sie mit dem Parteiaustritt drohen.

Sie spielen auf den ehemaligen Nationalrat Pius Segmüller an. Ich persönlich hänge auch am C, wenn aber eine Mehrheit der Partei dieses streichen möchte,



«Es ist nicht mein Ziel, Konflikte zu schüren», sagt Andrea Gmür-Schönenberger. Foto: Herbert Zimmermann

bin ich Demokratin genug, um das zu akzeptieren.

Warum hängen Sie so am C?

Das hat historische Gründe. Das C steht nicht für «katholisch». Wir verkörpern christliche Werte: Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit, Subsidiarität. Das entspricht auch unserer christlich-abendländischen Kultur – und hat nichts damit zu tun, ob jemand am Sonntag in die Kirche geht. In unserer Partei hat es auch Platz für Protestanten, Konfessionslose oder Muslime, wenn sie unsere Werte grundsätzlich teilen.

Ohne das C droht ein Teil der Basis wegzubrechen – aber es besteht auch die Aussicht auf neue Wähler.

Beides kann zutreffen, in welchem Ausmass, weiss ich nicht. Eine Partei braucht aber in erster Linie Inhalte, um Wähler anzusprechen. Der Name allein macht noch kein Programm.

Ohne C könnte die CVP der Fusion mit der BDP den Weg bereiten.

CVP und BDP waren sich in den letzten vier Jahren oft einig. Eine Fusion ist aber derzeit kein Thema.

Wollen Sie der BDP und der EVP in der neuen Mitte-Fraktion dafür Sonderrechte einräumen?

Es soll ein Geben und Nehmen sein. Wichtig ist mir, dass die Positionen ihrer Partner bei der CVP auch Gehör finden. Mit der EVP haben wir schon länger eine Fraktionsgemeinschaft. Das ist bis anhin problemlos gelaufen. Auch in der Zusammenarbeit mit der BDP sehe ich keine Probleme, zumal wir uns mit ihr zuletzt häufiger einig waren als mit der EVP.

Wie streng sind Sie denn?

(lacht) Meine Kinder haben immer gesagt: sehr streng. Ich kann hartnäckig sein, ja, aber es ist sicher nicht mein Ziel, unnötig Konflikte zu schüren.

Andere Parteien kennen eine an Zwang grenzende Fraktionsdisziplin. Werden Sie das auch bei der Mitte-Fraktion durchsetzen?

Geschlossenheit ist mir wichtig, gerade bei den essenziellen Geschäften, und ich werde versuchen, die Fraktion auf Linie zu halten. Wenn aber jemand aus Gewissensgründen einer Vorlage nicht zustimmen kann, werde ich das natürlich akzeptieren.

Allerdings dürfen solche Minderheitenpositionen bei knappen Verhältnissen im Parlament nicht dazu führen, dass die Mitte-Fraktion ihr Anliegen nicht durchbringt.

Beim CO₂-Gesetz, das der Nationalrat vor einem Jahr versenkt hatte, gab es in der CVP Abweichler. Haben Sie diese nun unter Kontrolle?

Ich gehe davon aus, dass die Mitte-Fraktion in der anstehenden Debatte über das CO₂-Gesetz geschlossen auftreten wird.

Sie haben gesagt, die Schweiz könne beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. Tut sie aber nicht – auch weil Ihre Partei das ökologische Lager nur bedingt unterstützt.

Die Politik der kleinen Schritte hat sich in der Schweiz bewährt.

Damit widersprechen Sie sich. Ich verstehe die Vorreiterrolle so, dass sich die Schweiz als wohlhabendes Land einen ambitionierten Klimaschutz leisten kann. Allerdings müssen neue Massnahmen immer auch sozial- und wirtschaftsverträglich sein. Insofern hat der Ständerat gute Vorarbeit geleistet: Er hat ein Ge-

setz verabschiedet, das weitergeht als der Vorschlag des Bundesrats und das trotzdem sozial- und wirtschaftsverträglich ist. Ich weiss nicht, ob alle, die im Herbst grün gewählt haben, nun auch bereit sind, alle Massnahmen zum Klimaschutz mitzutragen, die etwas kosten.

Abweichler haben Sie wohl auch bei der Ehe für alle, die Sie persönlich befürworten ...

Den Ehebegriff inklusive Adoption unterstütze ich, die medizinische Fortpflanzung nicht. Laut Smartvote haben 80 Prozent unserer Leute Ja gesagt zur Ehe für alle. Ich bin mir aber nicht sicher, ob allen bewusst ist, dass ein Ja zur Ehe für alle auch ein Ja

«Ich sehe diese Frist nicht so eng. Schliesslich stehen wir nicht im Krieg mit der EU.»

zur Adoption ist. Diese Diskussion haben wir noch nicht geführt. Diese Frage ist für mich nicht in erster Linie ein politisches Geschäft, sondern eine persönliche Frage. Und eine Generationenfrage. Meine Kinder etwa haben null Probleme mit der Ehe für alle. Da hat ein Umdenken stattgefunden.

Sie sind gegen eine nationale Kinderombudsstelle – und vertreten damit eine andere Position als die Fraktion.

Werden Sie Ihre Position in der Fraktion durchpeitschen?

Nein, aber ich werde für meine Überzeugungen eintreten. Ich will selbstverständlich auch, dass Kinder zu ihren Rechten kommen. Ich bin auch bereit, wenn nötig, dafür zusätzliche Mittel zu sprechen oder eine Gesetzesanpassung vorzunehmen. Deshalb habe ich mich schlussendlich auch enthalten. Mir leuchtet aber nicht ein, weshalb wir auf nationaler Ebene eine Ombudsstelle schaffen müssen. Für mich sind in erster Linie die Eltern in der Pflicht. Herrschen in Familien schwierige Verhältnisse, gibt es heute schon genug Anlaufstellen, etwa Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter, die Kesb, Gerichte, Opferberatungsstellen, Pro Juventute, das Sorgentelefon.

Damit treten Sie gegen ein populäres Ansinnen an. Keine Angst vor Negativpresse?

Nein.

Anfang 2018 provozierten Sie Kritik, als Sie im Nationalrat einen Antrag im Interesse der Versicherungsbranche einreichten. Das trug Ihnen den Vorwurf ein, als verlängerter Arm Ihres Ehemanns, des Helvetia-Chefs, zu politisieren. Der Antrag hatte nichts mit meinem Mann zu tun; dafür lege ich meine Hand ins Feuer.

Ein anderes wichtiges Geschäft in der Session ist die Konzern-

verantwortungsinitiative. Werden Sie den Gegenvorschlag von Bundesrätin Karin

Keller-Sutter unterstützen? Ja, er orientiert sich an den Regeln der EU. Die Initiative hingegen geht zu weit. Sie würde eine Umkehr der Beweislast für Unternehmen mit sich bringen – was weltweit einzigartig wäre und nicht umsetzbar. Sie würde in erster Linie uns selber schaden.

Nun spricht aus Ihnen eben doch die Wirtschaftsfrau und nicht die Mitte-Politikerin, die Sie sein wollen. Ansonsten würden Sie den etwas schärferen Gegenvorschlag des Nationalrats unterstützen.

Das Thema ist sehr emotional. Die Initianten zeigen Bilder von Kindern, die in Asien oder Südamerika ausgenutzt werden. Das macht es schwierig, mit sachlichen Argumenten dagegenzuhalten. Ich habe noch nie erlebt, wie ein Parlament als Reaktion auf den Druck von Initianten derart grosse Zugeständnisse gemacht hat. Der Gegenvorschlag des Nationalrats ist Ausdruck davon. Wir dürfen uns aber nicht erpressbar machen.

Konkurrentin in der Mitte ist die GLP. Diese politisiert in der Sozialpolitik rechter als die CVP. Wie wollen Sie die Mitte-Fraktion von der GLP abheben?

Uns kreidet man an, wir würden mal mit links, mal mit rechts Mehrheiten schaffen. Die GLP macht nichts anderes. Bei ihr hingegen gibt es Applaus, auch von den Medien. Uns aber wirft man vor, einen Wischiwaschi-Kurs zu fahren. Vielleicht liegt das am unterschiedlichen Image. Wir haben den Ruf, altmodisch zu sein. Beim Marketing in eigener Sache haben wir Nachholbedarf.

In der Europapolitik fährt die GLP einen klaren Kurs, die CVP hingegen wartet ab.

Nein, wir haben längst klargemacht, was wir wollen. Jetzt warten wir auf die Klärungen des Bundesrats zum Lohnschutz, den staatlichen Beihilfen sowie der Unionsbürgerrichtlinie. Die Streitbeilegung ist für uns auch unzureichend geregelt.

Nach der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative am 17. Mai verlangt die EU innert neun Tagen Klartext.

Ich sehe diese Frist nicht so eng. Schliesslich stehen wir nicht im Krieg mit der EU. Beide Seiten wollen im Grunde ein vernünftiges, nachbarschaftliches Verhältnis. Die EU wird begreifen, dass neun Tage nicht ausreichen.

Ehemalige Lehrerin

Andrea Gmür-Schönenberger politisiert seit 2015 im eidgenössischen Parlament, zuerst als Nationalrätin, nun vertritt sie als Ständerätin den Kanton Luzern. Aufgewachsen ist die 55-Jährige in Kirchberg SG, heute wohnt die ehemalige Gymnasiallehrerin und Geschäftsführerin der Stiftung Josi J. Meier in der Stadt Luzern. Sie ist verheiratet und Mutter von vier erwachsenen Kindern. (red)